



Lange Zeit galt Island als Sonderfall Europas: geografisch zwischen Nordamerika und Europa gelegen, wirtschaftlich eng mit der Europäischen Union verflochten, politisch jedoch entschlossen unabhängig. Seit der Loslösung von Dänemark im Jahr 1944 verteidigt die kleine Inselrepublik ihre Souveränität mit großer Konsequenz – insbesondere bei der Kontrolle über die reichen Fischgründe, die bis heute ein Kernstück der nationalen Identität und Wirtschaft darstellen. Ein EU-Beitritt erschien deshalb für viele Isländer weder notwendig noch wünschenswert.

Doch die geopolitische Lage hat sich verändert. Ausgerechnet Donald Trumps wiederholte Äußerungen über Grönland haben in Reykjavík eine Debatte ausgelöst, die noch vor wenigen Jahren kaum denkbar gewesen wäre. Zwar glaubt kaum jemand in Island an eine direkte Bedrohung durch die Vereinigten Staaten. Dennoch sorgten Trumps Aussagen über Grönland sowie scherzhafte Bemerkungen eines US-Diplomaten, Island könne der „52. Bundesstaat“ werden, für erhebliche Irritationen. In einem Land mit nur rund 400.000 Einwohnern traf dies einen empfindlichen Nerv.

Premierministerin Krístrún Frostadóttir deutete bereits an, dass Island schon im August über die Wiederaufnahme von EU-Beitrittsgesprächen abstimmen könnte. Allein die Tatsache, dass eine solche Diskussion wieder ernsthaft geführt wird, markiert einen tiefgreifenden Wandel im politischen Denken des Landes.

Dabei gilt Island aus europäischer Sicht durchaus als attraktiver Kandidat. Das Land erfüllt viele politische und wirtschaftliche Kriterien der EU bereits heute. In Bereichen wie Gleichstellung, Sicherheit oder Lebenserwartung zählt Island sogar regelmäßig zur europäischen Spitze. Hinzu kommt seine strategische Lage im Nordatlantik und in unmittelbarer Nähe zur zunehmend bedeutenden Arktisregion.

Der eigentliche Motor der Debatte ist jedoch die Sicherheitsfrage. Island besitzt keine eigene Armee und ist seit Jahrzehnten auf die NATO und insbesondere auf die Schutzgarantie der Vereinigten Staaten angewiesen. Amerikanische Truppen waren bis 2006 dauerhaft auf der Insel stationiert. Doch mit der zunehmenden Unsicherheit über die Verlässlichkeit Washingtons wächst in Europa die Sorge vor einem möglichen Rückzug der USA aus ihrer traditionellen Sicherheitsrolle.

Auch wenn die Europäische Union kein Militärbündnis ist, diskutieren europäische Staaten verstärkt über gemeinsame Verteidigungsmechanismen. Island beobachtet diese Entwicklung aufmerksam. Im März unterzeichnete Reykjavík bereits ein Sicherheits- und Verteidigungsabkommen mit der EU – ein Schritt, der vor wenigen Jahren noch symbolisch gewirkt hätte, heute jedoch strategische Bedeutung besitzt.



Gleichzeitig bleibt die Skepsis im Land groß. Fischer und Landwirte fürchten strengere Regulierungen aus Brüssel und einen Verlust nationaler Kontrolle über zentrale Wirtschaftssektoren. Viele Isländer sehen ihr Land kulturell eher als nordisch denn als europäisch. Doch ähnliche Vorbehalte gab es auch in Schweden und Finnland, bevor Russlands Angriff auf die Ukraine beide Staaten zum NATO-Beitritt bewegte.

Die Entwicklung in Island zeigt damit eine größere Verschiebung im Norden Europas: Kleine, wohlhabende Staaten suchen in einer unsicherer werdenden Welt verstärkt Schutz in Bündnissen. Solange die internationale Ordnung stabil erschien, konnte sich Island den Luxus politischer Distanz leisten. Nun wächst die Erkenntnis, dass geopolitische Sicherheit für kleine Staaten zunehmend nur noch gemeinsam organisiert werden kann.

---

## **Der fragile Waffenstillstand mit Iran gerät erneut ins Wanken**

Die Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und Iran verschärfen sich erneut – nur wenige Tage nach den jüngsten Bemühungen um eine Waffenruhe im Persischen Golf. Die iranischen Revolutionsgarden kündigten am Dienstag eine „entschlossene gegenseitige Antwort“ auf jeden weiteren Angriff an, der gegen die vereinbarte Feuerpause verstoße. Die Drohung verdeutlicht, wie fragil die diplomatischen Fortschritte weiterhin sind.

Auslöser der neuen Eskalation waren amerikanische Militärschläge gegen Ziele im Süden Irans. Nach Angaben von US-Offiziellen griffen amerikanische Streitkräfte am Montag Einrichtungen nahe der Straße von Hormus an. Ziel seien iranische Raketenstellungen sowie Boote gewesen, die versucht hätten, Seeminen in der strategisch wichtigen Meerenge zu platzieren. Die Straße von Hormus zählt zu den bedeutendsten Handelsrouten der Welt; rund ein Fünftel des globalen Ölhandels passiert diese Passage. Jede militärische Eskalation in der Region hat deshalb unmittelbare Auswirkungen auf die internationalen Energiemärkte.

Der iranische Machtapparat reagierte ungewöhnlich scharf. Revolutionsgarden und politische Führung warnten Washington vor weiteren militärischen Aktionen. Irans oberster Führer Mojtaba Khamenei erklärte, der Konflikt habe gezeigt, dass amerikanische Militärstützpunkte im Nahen Osten „nicht länger sicher“ seien. Die Aussage dürfte insbesondere als Signal an US-Verbündete in den Golfstaaten verstanden werden, deren Territorien zahlreiche amerikanische Basen beherbergen.



Gleichzeitig bemühen sich beide Seiten offenbar weiterhin um eine diplomatische Lösung. US-Außenminister Marco Rubio erklärte, die Gespräche zur Beendigung des Konflikts liefen weiter. Eine Einigung könne möglicherweise „innerhalb weniger Tage“ erreicht werden. Beobachter sehen darin den Versuch Washingtons, eine weitere militärische Eskalation kurz vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen zu vermeiden.

Innenpolitisch bleibt die Lage in Iran angespannt. Nach fast drei Monaten massiver Einschränkungen begann die Regierung damit, den Internetzugang schrittweise wiederherzustellen. Millionen Iraner waren während der jüngsten Krise weitgehend von der Außenwelt abgeschnitten. Allerdings berichteten unabhängige Beobachtungsgruppen, die Sperren seien bislang nur teilweise aufgehoben worden. Das Regime versucht damit offenbar weiterhin, den Informationsfluss im Land zu kontrollieren und mögliche Protestbewegungen einzudämmen.

Die Entwicklungen zeigen, wie schnell die Lage im Nahen Osten erneut außer Kontrolle geraten könnte. Trotz laufender Verhandlungen bleibt die Gefahr direkter militärischer Konfrontationen zwischen Iran und den Vereinigten Staaten hoch – mit potenziell weitreichenden Folgen für die Stabilität der gesamten Region.

---

## **WEITERE NACHRICHTEN**

Mehrere Länder in Westeuropa leiden unter rekordverdächtig hoher Hitze, woraufhin Regierungen vor gesundheitlichen Risiken warnen.

Die einwanderungskritische und populistische Agenda von Nigel Farage hat seiner Partei Reform U.K. geholfen, aus der politischen Randzone **Großbritanniens** hervorzutreten. Dennoch steht die Partei vor einem schwierigen Weg zur Macht.

Die **USA** planen, amerikanische Staatsbürger, die mit Ebola in Kontakt gekommen sind, nach Kenia zu bringen, anstatt sie zur Beobachtung und Behandlung in die Heimat zurückzuführen.

In **Belgien** wurden zwei Kinder und zwei Erwachsene getötet, als ein Zug mit einem Schultransporter kollidierte.

Der **britische Ölkonzern BP** setzte seinen Vorsitzenden ab und verwies auf „ernsthafte



Bedenken“ hinsichtlich seines Verhaltens, ohne weitere Details zu nennen.

**Kanada** schloss ein Abkommen über den Export von Flüssigerdgas nach Deutschland.

Das wirksame **HIV-Medikament Lenacapavir** erreicht Sambia, könnte jedoch wegen Kürzungen der US-Entwicklungshilfe für viele Bedürftige unerreichbar bleiben.

Rettungskräfte in **Laos** bemühen sich fieberhaft, sieben Menschen zu erreichen, die seit vergangener Woche in einer überfluteten Höhle eingeschlossen sind.

Christine Macha